

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 426 14. Januar 2009

15. Jahrgang

"In Guatemala wird der Raub von Kindern durch eine Urkunde legalisiert"

Guatemala ist weltweit das Land, in dem proportional zur Bevölkerung die meisten Kinder zur Adoption gegeben werden. Dieses Geschäft ist in den letzten Jahren gewachsen und verstößt gegen internationale und nationale Gesetze. Es hat seinen Ursprung im Horror des Krieges, es nährt sich von der Armut der Bevölkerung und von der Habgier. Es ist lukrativ und läuft über bestens organisierte Netzwerke. Der folgende Artikel von Juan Hernández Pico ist in der November-Ausgabe 2008 der Zeitschrift *envío* erschienen. Wir veröffentlichen Ausschnitte daraus.

(...) Wir kommen nun zur Gewalt, die sich in vielen guatemaltekischen Adoptionsverfahren versteckt. Diese Gewalt hat eine entfernte Verwandtschaft mit dem Drogenhandel: Sie ist ein Riesengeschäft. Und sie bringt eine andere Ursache der Gewalt ans Tageslicht: Die habgierige Sucht nach leicht verdientem Geld, die sich illegaler Strukturen bedient und sich einen Deut um nationale und internationale Gesetze sowie um die Würde des Menschen schert.

Verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen und eine Amtsstelle, das *Präsidentiale Sekretariat für soziales Wohlfahrt*, haben Ende 2007 gemeinsam eine wichtige Studie mit dem Titel „Adoptionen in Guatemala – Schutz oder Markt?“ herausgegeben, aus der im Folgenden zitiert wird.

Internationaler Rechtsrahmen

Das guatemaltekische Adoptionsgesetz richtet sich nach den internationalen Standards. Als Mitglied der UNO ist Guatemala verpflichtet, sich an die 1986 von der Vollversammlung verabschiedete „Deklaration über die sozialen und rechtlichen Prinzipien zum Schutz und Wohlergehen von Kindern“ zu halten, die einen speziellen Bezug auf die Adoption nimmt. Die grundlegenden Prinzipien dieses Textes beziehen sich auf die Möglichkeit der Adoption, wenn die Eltern sich nicht um die Erziehung ihres Sprösslings kümmern können oder wenn die Erziehung unangemessen ist. Es wird dabei als wünschenswert erachtet, dass wenn immer möglich das Kind in seinem Heimatland zur Adoption frei gegeben wird. Weiter wird die Wichtigkeit betont, dass Eltern Zeit und die notwendige Begleitung bekommen, bevor sie sich für eine Adoptionsfreigabe bzw. Adoption entscheiden. Die Deklaration verbietet Entführung oder sonstige illegitime Mittel zum Zwecke der Adoption, sie verbietet den finanziellen Gewinn für VermittlerInnen von Adoptionen, und sie verteidigt den Schutz sowie die rechtlichen und sozialen Interessen der Kinder.

Guatemala ist als Mitglied der UNO auch der „Kinderrechtskonvention“ unterstellt, die 1989 von der Generalversammlung verabschiedet und vom guatemaltekischen Kongress 1990 ratifiziert wurde. Bis 2007 wurde diese Konvention mit Ausnahme der USA und Somalia von 192 Ländern ratifi-

ziert. Diese Information ist sehr wichtig, sind doch die USA das Land, in welchem am meisten guatemaltekische Kinder adoptiert werden, nämlich 26'783 von 30'434, also 88% der im Zeitraum von 1997 bis 2007 durchgeführten Adoptionen.

Die Zunahme der Nachfrage nach Kindern aus Lateinamerika und das Fehlen von Kontrollmechanismen führte im Jahr 1993 in Den Haag zur Annahme des „Haager Adoptionsübereinkommens“, in dem die Adoptionsvorschriften noch detaillierter definiert und die Interessen der Kinder ins Zentrum gestellt werden, vor allem wenn diese schon älter sind. Guatemala hat diese Konvention im Jahr 2002 ratifiziert.

Fundament eines grossen Geschäfts

Auf nationaler Ebene wird in der heute noch geltenden Verfassung von 1985 im Artikel 54 „der Schutz von Waisenkindern“ als nationales Interesse bezeichnet. Grundlage für die heutigen Adoptionsgeschäfte ist jedoch ein 1977 verabschiedetes Gesetz. Es wird darin einem Anwalt oder einer Anwältin bzw. einem Notar oder Notarin die Vollmacht für die Durchführung einer Adoption erteilt, wobei eine staatliche Stelle, in diesem Fall das Generalprokurat (PGN), sein Einverständnis geben muss. Heute wird also das Geschäft der Adoptionen von AnwältInnen, NotarInnen, ÄrztInnen, Hebammen und BetreiberInnen von Geburtshäusern, von EntführerInnen, KindesdiebInnen, zu allem bereiten Adoptiveltern und FunktionärInnen von Botschaften und Konsulaten sowie den Angestellten der PGN betrieben. Alle zusammen bilden sie die sogenannten Adoptionsnetzwerke, die sich dem Kinder- und Organhandel verschrieben haben.

Das Hin und Her der nationalen Gesetzgebung

Im Jahr 2003 verabschiedete der guatemaltekische Kongress das „Integrale Gesetz zum Schutz der Kinder und Jugendlichen“ (LPINA), welches de facto jenes aus dem Jahr 1977 ersetzt. Mit ihm wurde die nationale Handhabung in Sachen Adoption den internationalen von Gua-

temala unterzeichneten und ratifizierten Gesetzen unterstellt. Um genau zu sein, muss erwähnt werden, dass sowohl die Ratifizierung des Haager Übereinkommens wie auch die Annahme des LPINA unter der Regierung von Alfonso Portillo und mit einer Mehrheit der FRG im Kongress zustande kamen. Es war aber im selben Jahr 2003, als eine Gruppe gewichtiger NotarInnen und AnwältInnen, deren Interessen im Adoptionsgeschäft liegt, beim (ebenfalls von der FRG dominierten) Verfassungsgericht eine Klage gegen den Beitritt Guatemalas zum Haager Übereinkommen präsentierte – und Recht bekamen. Das Urteil gründete auf einem Vorbehalt Guatemalas gegen die Artikel 11 und 12 der Wiener Vertragsrechtskonvention aus dem Jahre 1969, der 1997 unter der Regierung von Alvaro Arzú bekräftigt wurde.

Das Urteil des Verfassungsgerichts im Jahr 2003 schuf eine gesetzliche Grauzone und beeinflusste das notarielle Prozedere der Adoptionen, da man sich auf zwei sich widersprechende Rechtsgrundlagen berufen konnte. Das Generalprokurat beispielsweise berief sich nach wie vor auf das Gesetz von 1977, welches gemäss dem LPINA von 2003 längst ausser Kraft gesetzt war.

Im Juli 2007 schliesslich, sechs Monate vor Ablauf seiner Regierungszeit zog Präsident Oscar Berger die Einwände gegen die Wiener Vertragsrechtskonvention zurück. Damit fiel auch die Grundlage weg, auf der das Verfassungsgericht die Klage gegen den Beitritt zum Haager Übereinkommen gut hiess. Der 31. Dezember 2007 wurde als Datum für das Inkrafttreten des Haager Übereinkommens und das Sekretariat für Wohlfahrt als staatliche administrative Instanz festgelegt, welche die Arbeit des Generalprokurates, der Staatsanwaltschaft und des Innenministeriums in Sachen Adoptionsregelung koordinieren sollte.

Colom: schwerwiegende Inkonzsequenz

Vor Ablauf seiner Regierungszeit ernannte Berger die Verfassungsanwältin Annabella Morfín und den Sekretär für Wohlfahrt, den Kinderrechtsanwalt Marvin Rabanales, in den *Nationalen Rat für Adoptionen*, doch beide wurden kurz nach Amtsantritt von Präsident Colom durch andere Personen ersetzt.

Helen Mack, Präsidentin der Myrna Mack-Stiftung, kritisierte dieses Vorgehen von Colom scharf und bezeichnete ihn als nicht konsequent in der Umsetzung seines Wahlversprechens, sich keiner Interessenspolitik zu beugen und das Geschäft mit dem Kinderhandel besser zu kontrollieren. Nicht zuletzt befürchteten auch die AutorInnen der

Studie, die hier zitiert wird, dass die Adoptionsnetzwerke ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf die präsidiale Autorität geltend machten, um sicherzustellen, dass sie mit ihren illegalen Operationen weiterfahren können. Mit dem Intervenieren einer bereits konstituierten, autonomen Behörde, provozierte Colom eine Kluft in der Institutionalität des Landes.

Nur China „liefert“ mehr Kinder

Guatemala ist nach Russland, China und Südkorea auf dem vierten Platz der Rangliste jener Länder, die die meisten Kinder ins internationale Adoptionsgeschäft liefern. Nimmt man jedoch die Adoptionen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist es die Nummer eins. Im Jahr 2006 wurden auf 100'000 EinwohnerInnen 37 Kinder zur Adoption gegeben, was rund 4'400 Adoptionen ergab. Im Jahr 2003 beschlossen sechs Länder (Frankreich, Spanien, Kanada, Holland, Deutschland und Grossbritannien) ein Moratorium für die Adoption guatemaltekischer Kinder, da ihnen die Adoptionsverfahren suspekt vorkamen. Wirklich ins Gewicht fiel dabei der Rückgang der Adoptionen nach Frankreich, das nach den USA zweitgrösster „Abnehmer“ von guatemaltekischen Kindern war.

Ursprung: der bewaffnete Konflikt

Während des bewaffneten internen Konflikts begannen die massiven erzwungenen Adoptionen, als viele Kinder zu Waisen wurden oder von ihren Eltern auf der Flucht verloren oder verlassen wurden. Viele dieser Kinder wurden von Familien von Militärangehörigen „adoptiert“. Gemäss der *Nationalen Kommission zur Suche der verschwundenen Kinder* verloren rund 5'000 Kinder während des Krieges den Kontakt zu ihren Familien, verschwanden, wurden getrennt oder zur Adoption gegeben. Bis 2003 hatte die Kommission 1'084 Fälle dokumentiert, 500 davon waren Kleinkinder unter einem Jahr, die entführt und adoptiert wurden. Viele von ihnen wurden so „gerettet“, während ihre Eltern und ihre älteren Geschwistern bei den Massakern ums Leben kamen.

Es ist schwierig, an genauere Zahlen zu kommen, weil nach wie vor der Zugang zu den Militärarchiven und Waisenhäusern dieser Zeit ebenso wie zu den Adoptionsakten verschlossen ist. Am 25. Februar 2008, am neunten Jahrestag der Präsentation des Berichts der offiziellen Wahrheitskommission „Guatemala – nie wieder“, ordnete Präsident Colom die Öffnung aller Militärarchive an. Doch im Oktober desselben Jahres

informierte der Verteidigungsminister, General Marco Tulio García Franco, dass er diesem Befehl nicht nachkommen werde, da er verfassungswidrig sei.

Eine Realität grossen Stils

Die UNO-Sonderberichterstatterin für Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornografie erklärte, dass das, was in Guatemala als Versuch begann, die brutalen Vorgehensweisen des bewaffneten Konflikts aufzuklären, sich bald in ein rentables Geschäft wandelte. Dann nämlich, als festgestellt wurde, dass es eine grosse Nachfrage nach der Adoption von Kleinkindern gibt. Sie bestätigt weiter, dass der Handel von Babies und Kleinkindern in Guatemala im grossen Stil betrieben wird. Aufgrund all dessen ist es gerechtfertigt, vom Kinderhandel als einer weiteren Form von Gewalt zu sprechen, die uns der bewaffnete Konflikt zurückgelassen hat. Um so mehr als bewiesen ist, dass dieses Geschäft seit den 80er Jahren wächst. Die zitierte Studie ergänzt, dass weitere Gründe in der hohen Anzahl minderjähriger Mütter (jährlich gebären 113'000 junge Frauen zwischen 15 und 19 Jahren Kinder), in Armut (51% der Bevölkerung) und in extremer Armut (15% der Bevölkerung) zu suchen sind.

Je ärmer, umso grösser der Druck

Die Studie belegt, dass vor allem Frauen unter 25 Jahren, alleinerziehende Mütter ohne Bildung und ökonomische Ressourcen am ehesten unter Druck gesetzt werden können, ihre Kin-

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto.Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-VernhagenStr. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahresabo: 55.- Euro

Auslandsabo: 60.- Euro

E-Mail-Abo: 50.- Euro

Erscheinungsweise vierzehn

täglich.

www.guatemala.de

der zur Adoption zu geben. Gewalt gegen Frauen ist ein weiterer Faktor, da der erzwungenen Adoptionsfreigabe oft eine Vergewaltigung vorausgeht. Die Studie belegt weiter, dass die Situation der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verletzbarkeit sowie die Missachtung der sexuellen und reproduktiven Rechte der Frauen von den Kinderhandelsnetzwerken ausgenutzt werden. Sie erwähnt auch das Geschäft mit den „Mietbäuchen“, das z.B. in Alta Verapaz dokumentiert wurde, wo es Häuser gibt, in denen Frauen während der Schwangerschaft und bis zur Geburt verwahrt werden. Dazu kommen der Diebstahl, die Entführung oder das Verschwindenlassen von Kindern.

Die staatliche Toleranz

All dies ist nur möglich dank der Toleranz des guatemalteckischen Staates gegenüber den illegalen Adoptionsverfahren. Es handelt sich nicht bloss um Toleranz, sondern um einen klaren Gesetzesbruch seitens des Staates, bzw. des Generalprokurats, das akzeptiert, dass mit einer einfachen notariellen oder anwältlichen Urkunde eine Adoption rechtsgültig ist. Dies erstaunt nicht angesichts der weit verbreiteten Korruption in vielen staatlichen Institutionen und der doch recht hohen Preise, die für eine solche Urkunde (zwischen 13 und 40 Tausend US-\$ pro Adoption) bezahlt werden. Mit 4'918 Adoptionen im Jahr 2006 im Vergleich zu 1'256 im Jahr 1997 hat sich die Anzahl innerhalb von 10 Jahren fast vervierfacht.

Ein Milliardengeschäft

Machen wir eine einfache Rechnung mit diesen Zahlen: Wenn jede Adoption den Minimalpreis von 13'000 US-\$ gekostet hätte, macht dies im Verlauf von 11 Jahren (30'434 Adoptionen) insgesamt 395'642'000 US-\$. Hätte sie jedoch den Maximalbetrag von 40'000 US-\$ gekostet, gibt dies ein Total von 1'217'360'000 US-\$. Der reale Betrag liegt wohl irgendwo dazwischen. Wenn wir also vom Adoptionsgeschäft sprechen, sprechen wir nicht von einem kleinen oder mittleren Unternehmen, sondern von einem Grosskonzern. Würde man auf vollkommen legalem Weg ein Kind adoptieren, beliefen sich die Kosten auf rund 4'000 US-\$, also mehr als dreimal weniger als die in der Studie als Minimum bezeichneten 13'000 US-\$.

Gravierendes Versagen des Staates

Die erste Schlussfolgerung der Studie ist, dass der guatemalteckische Staat während zehn Jahren die unterzeichneten internationalen Abkommen nicht umgesetzt hat. Er hat nicht einmal das

im 2003 verabschiedete entsprechende nationale Gesetz (LPINA) eingehalten, sondern sich nach einem veraltetem Gesetz aus dem Jahr 1977 richtet.

Die Kinder werden in den meisten Fällen ohne das vollständige Wissen und Einverständnis ihrer biologischen Mütter zur Adoption gegeben. Auch hat der Staat nicht darauf geachtet, dass die Kinder vornehmlich in Guatemala selber adoptiert werden, und hat sich auch nie um ein spezifisches Abkommen mit den USA gekümmert, das die Rechte der dorthin adoptierten Kinder schützen würde. Der Staat erlaubt auch horrende und ungerechtfertigte Gewinne für diejenigen, die im Adoptionsgeschäft involviert sind.

Indem der Staat eine bloss notarielle Beglaubigung als gültige Urkunde für eine Adoption zulässt, kann er nicht garantieren, dass die Kinder nicht unter Druck oder Zwang zur Adoption gegeben oder dass sie nicht entführt oder geraubt wurden. Im Fall von älteren Kindern oder Jugendlichen kann er somit auch nicht gewährleisten, dass sie nicht zu Zwecken der Prostitution oder der Pornographie oder für den Organhandel „verkauft“ werden.

Die Adoptionsnetzwerke

Die zweite Schlussfolgerung betrifft die Adoptionsnetzwerke. Dazu wurde eine Teilstudie über 1'083 Adoptionsanzeigen gemacht, die im Zeitraum von Mai bis August 2007 beim Generalprokurat eingingen. An diesen 1'083 Adoptionsprozessen waren 1607 Personen involviert: 392 GynäkologInnen und Hebammen, 110 KinderärztInnen, 155 NotarInnen, 142 „Sachverwalter“ und 808 Angestellte von Kinderheimen, in denen die Kinder bis zur Adoption betreut wurden. Dass diese Leute je an mehr als einem Adoptionsverfahren beteiligt sind, wird anhand der NotarInnen aufgezeigt: Die meisten von ihnen haben 12 bis 24 Fälle gleichzeitig am Laufen, eineR sogar 66. Nur eineR hatte bloss einen Adoptionsantrag eingereicht. Zu diesen Hauptfiguren kommen die Väter und Mütter, die ihre Kinder verkaufen, Krankenschwestern oder SozialarbeiterInnen, Zivilstandsbeamte, die falsche Geburtsurkunden ausstellen und verkaufen, andere öffentliche FunktionärInnen, EntführerInnen und sogenannte „Jaladoras“. Dies sind Frauen, die von Dorf zu Dorf gehen, von Quartier zu Quartier, von Gefängnis zu Gefängnis und die Mütter dazu zu überreden versuchen, ihre Kinder zur Adoption zu geben.

All diese Menschen sind in das involviert, was die Studie ganz klar als Kinderhandel bezeichnet: ein Geschäft ohne Kontrolle, ohne Transparenz, ohne re-

gulierte Preise und ohne genaue Information über die Herkunft der Kinder.

Ein legales Delikt

Die dritte Schlussfolgerung widmet sich der Verbindung zwischen Kinderhandel und internationalen Adoptionen. Die untersuchten Fälle zeigen einen klaren Zusammenhang auf zwischen „Raub, Entführung, Verschwindenlassen von Kindern“, „Verkauf - Kauf von Kindern“ und den internationalen Adoptionen. Mehrere Beispiele werden in der Studie nachgewiesen, und sowohl die Menschenrechtsombudsstelle wie auch der Chef der *Präsidentialen Kommission für Menschenrechte* während der Regierung Berger haben die Tatsache anerkannt: „In Guatemala wird das Verbrechen des Kinderraubs mit einer Adoptionsurkunde legalisiert“.

Zusammenhang mit dem Feminizid?

Die vierte Schlussfolgerung ist die abscheulichste. Sie stellt einen Zusammenhang zwischen Feminizid oder versuchtem Feminizid und Kinderraub her. In drei untersuchten Fällen konnte dies nachgewiesen werden: In einem Fall wurde eine Frau verletzt beim Versuch, ihr das Kind zu entreissen, in zwei Fällen wurden „Jaladoras“ umgebracht, weil sie mit ihren Geschäftspartnern in Konflikt gerieten.

Es ist bekannt, dass in Guatemala die Feminizide qualitativ und quantitativ zunehmen im Verhältnis zur Gesamtzahl der begangenen Morde. Sie machen unterdessen rund 10% aus (mehr als 500 pro Jahr). Die schrecklichste aller Vorstellungen ist, dass einige dieser Frauen umgebracht wurden, nachdem sie zuerst entführt und vergewaltigt, danach gezwungen wurden, ihr Kind auszutragen, das ihnen nach der Geburt weggenommen und zur Adoption weggegeben wurde. Diese These wird in der Studie vorerst bloss als Hypothese dargelegt.

Ein furchterregendes Mosaik

Es wird viel über die Mafia geschrieben, die das internationale, illegal erwirtschaftete Kapital akkumuliert und nicht vor Gewaltanwendung zurückschreckt, um ihre Geschäfte zu betreiben. Der Fall des Kinderhandels und sein Zusammenhang mit den internationalen Adoptionen sowie mit der Prostitution, der Pornografie und dem Organhandel, eröffnet uns neue Aspekte – anders als der Drogen- und Waffenhandel – dieser Mafias, von denen die guatemalteckischen Netzwerke nur ein Seitentrieb sind. Das furchterregende Mosaik der Gewalt in Guatemala wird ergänzt durch die Adoption, welche die Rechte der Kinder und der Eltern verletzt.

Salvador Gándara neuer Innenminister

Guatemala, 7. Januar 2009. Nach nur fünf Monaten im Amt verlässt Innenminister Francisco Jiménez den Posten wieder und wird Leiter des Technischen Sekretariats des *Nationalen Sicherheitsrats* (CNS). Sein Nachfolger, Salvador Gándara, war Vize-Innenminister während der Regierungszeit von Álvaro Arzú und amtierte bis zu seiner jüngsten Beförderung als Exekutiv-Sekretär des Präsidenten.

Die Versetzung von Jiménez wurde von Präsident Álvaro Colom explizit nicht als Absetzung, sondern als Beförderung bezeichnet, denn während seiner Amtszeit als Innenminister habe er sein präsidiales Vertrauen gewonnen. Entsprechend nannte er als Erfolge innenministerlicher Tätigkeiten des letzten Jahres (vor Jiménez bekleidete bis zu seinem tödlichen Unfall Vinicio Gómez das Amt – siehe ¡Fijáte! 415) die Befreiung von 173 entführten Personen, die Verhaftung von 53 mutmasslichen Entführern, die Beschlagnahmung von 2'214 Kilogramm Kokain im Wert von 7,8 Milliarden Quetzales sowie die Verhaftung wichtiger Vertreter des Drogenmilieus wie Daniel Pérez Rojas, mutmasslicher Anführer der bezahlten Killer des mexikanischen Drogenkartells "los Zetas". Hingegen habe es in diesem Jahr keinen einzigen Gefängnisausbruch gegeben.

Trotzdem gab Präsident Colom in einer weihnachtlichen Fernsehansprache zu, dass die grosse Schwäche seiner Regierung die herrschende Unsicherheit sei. Er versprach, dass eine der Prioritäten im neuen Jahr ein Sicherheitsplan sei, um dem organisierten Verbrechen und der Delinquenz zu begegnen.

Gándara seinerseits versprach bei seiner Antrittsrede, er werde den eingeschlagenen Kurs im Innenministerium beibehalten, was den Institutionalisierungsprozess des Ministeriums und die Sicherheit betreffe, betonte jedoch, dass gerade dieses Thema eine Aufgabe der gesamten Bevölkerung sein müsse und nicht bloss der Behörden.

Während verschiedene Kongressabgeordnete dem neuernannten Innenminister eine Chance geben wollen, äussern sich VertreterInnen sozialer und Menschenrechtsorganisationen kritisch. Carmen Aída Ibarra von der *Mirna Mack-Stiftung* befürchtet, dass mit Gándara die "harte Hand" Einzug hält, sei er doch während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Villa Nueva in Fälle von sozialer Säuberung involviert gewesen und habe ausserdem eng mit dem umstrittenen, im letzten Jahr ermordeten Regierungsberater Víctor Riveras zusammengearbeitet (siehe ¡Fijáte! 408). Idivina Hernández von der Vereinigung *Si-*

cherheit in Demokratie bezeichnet die Ernennung von Gándara als einen absurden, irrationalen politischen wie taktischen Fehler von Präsident Colom, dem es nur um kurzfristige Resultate ginge. Der politische Analyst Edgar Gutiérrez seinerseits erklärte gegenüber *Inforpress Centroamericana*: "Es geht hier nicht um kurz- oder langfristige Lösungen, sondern es ist eine Frage der Philosophie zum Thema Sicherheit. In diesem Land herrschte seit den Friedensabkommen eine Sicherheitsphilosophie der "harten Hand" und bloss während den je sechsmonatigen Amtszeiten der Innenminister Guillermo Ruiz Wong (2000) und jetzt mit Francisco Jiménez eine Philosophie der demokratischen Sicherheit. Dieses Konzept hatte bisher keine Chance und so führt uns die "harte Hand" weiterhin in Richtung eines gescheiterten Staates, wohinter starke wirtschaftliche Interessen stecken."

Als erste Amtshandlung entliess der neue Innenminister seinen administrativen Vizeminister und setzte an dessen Stelle Mónica Sandoval Dávila de Luna, die bereits vorher mit ihm zusammengearbeitet habe und sein "vollstes Vertrauen" genieesse.

Derweil beobachtet Marielos Monzón in ihrem Kommentar in der Tageszeitung *Prensa Libre* folgenden Zusammenhang: "Die Ernennung von Gándara ist auch eine Antwort auf die vom Präsidenten aufgebauten Allianzen mit min-

destens drei Sektoren: der Rechten, vertreten durch die Partei der *Unionistas*, dem religiösen Fundamentalismus, die ihren Ausdruck in der Kirche findet, zu der Gándara gehört, und schliesslich den Sektoren, die zum so genannten "oficinista" in den Zeiten von Álvaro Arzú gehörten, einer nichtinstitutionellen Gruppierung, die mit Hilfe des militärischen Geheimdienstes Kriminalermittlungen gegen FunktionärInnen sabotierte. Dessen bekanntester Kopf war Luis Mendizábal, der heutzutage einer der Hauptberater des Präsidenten in Sicherheitsfragen ist. Vor diesem Hintergrund und angesichts der beharrlichen Aussagen des neuen Ministers darüber, dass "das Operative sein Ding ist", stellt sich die Frage, was in einem Land wie dem unsrigen unter "dem Operativen" zu verstehen ist. Die vom Chef der Exekutive in der letzten Woche getroffenen Entscheidungen lassen keinen Zweifeln darüber, zu welcher Seite sich die Waage neigt, welche Sektoren die Vormachtstellung in der Regierung innehaben und welche Praxis wir in Sachen Sicherheit zu erwarten haben. Es scheint, dass die "Sozialdemokratie" die Farbe des Konservatismus angenommen, und die "harte Hand" sich grün gefärbt hat (Farbe der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), die Red.). In Bezug auf die Sicherheit entfernen wir uns mehr und mehr davon, dass eine "Regierung der Hoffnung" an der Macht ist."

Colom erlässt Mindestlohn

Guatemala, 30. Dez. Nachdem ArbeitnehmerInnen und der ArbeitgeberInnensektor monatelang erfolglos um einen Konsens in Bezug auf die Aktualisierung des Mindestlohns gerungen haben, setzte Präsident Álvaro Colom diesen noch kurz vor Ende des Jahres kurzfristig selber fest. Während der Sektor der Arbeitenden eine Erhöhung des derzeitigen Minimums von 47 Quetzales (ca. US-\$ 6.00) für landwirtschaftliche Arbeiten, und 48.50 Quetzales für nichtlandwirtschaftliche Arbeiten um 131 bzw. 138% respektive forderten, der ArbeitgeberInnensektor die Zahlung jedoch an der Produktivität ausrichten wollte, gibt es 2009 schlicht und einfach 52 Quetzales ohne Unterschied, erlassen vom Präsidenten persönlich. Derweil bleibt der Mindesttageslohn in den Textilverarbeitungsbetrieben (Maquilas) bei 47.75 Quetzales, mit der Begründung "den Verlust von Arbeitsplätzen in diesem Sektor zu verhindern" - dem Sektor, den Colom nebst Gattin als vormalige TextilunternehmerInnen ganz genau kennen.

Für Kardinal Rodolfo Quezada Toruño ist die Lohnerhöhung angesichts der Bedürfnisse der Bevölkerung äusserst gering.

Weniger diplomatisch drückt sich die *Nationale Kampffront der Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen und Naturressourcen* (FNL) in ihrem Kommuniké aus, demgemäss mit dem von der Regierung dekretierten Mindestlohn Millionen von BürgerInnen zu einem noch stärkeren Hunger verurteilt werden, die für ihr Überleben von dem Lohn abhängen, den sie für ihre tägliche Arbeit bekommen." Mit ihrer Entscheidung "dient die aktuelle Regierung in einer absolut unverantwortlichen Weise den Interessen der nationalen und ausländischen Grossunternehmen und setzt sich damit über die Rechte und Interessen der Mehrheiten des Volkes hinweg". Zudem verurteilt die FNL das Moratorium für die Maquila-UnternehmerInnen, die keinerlei Lohnerhöhung für ihre Arbeitenden akzeptieren, es sind dies in ihrer grossen Mehrheit Frauen.

Statistiken 2008

Guatemala, 8. Januar. Man kann von Statistiken halten was man will, aber um gewisse Tendenzen zu verfolgen, liefern sie doch interessante Hinweise und zeigen Tatsachen auf, die mit allem politischen Schönreden nicht aus der Welt geschafft werden können.

Deportationen guatemaltekerischer MigrantInnen aus den USA

Das Jahr 2008 schloss mit einer Rekordziffer, was die Ausweisung guatemaltekerischer MigrantInnen aus den USA betrifft. Gemäss Angaben der *Generaldirektion für Migration* (DGM) wurden im letzten Jahr 27'929 GuatemaltekerInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus aus den USA ausgewiesen. Im Jahr 2007 waren es 23'062. Unter den Deportierten sind rund 24'107 Männer (2007: 19'107), 2'953 Frauen (2007: 2'853) und 869 Minderjährige (2007: 1102). In den Vereinigten Staaten leben rund 1,2 Millionen GuatemaltekerInnen, 60% von ihnen ohne Aufenthaltspapiere, also als sogenannte „indocumentados“ oder „clandestinos“.

Demgegenüber gingen die Ausweisungen aus Mexiko merklich zurück: waren es 2007 noch rund 50'000, wurden im letzten Jahr „bloss“ 36'364 nach Guatemala deportiert.

Tötungsdelikte

Die Bilanz von Tötungsdelikten ist im Jahr 2008 mit 6'234 um 530 Morde höher

als im Vorjahr. Dies gemäss offiziellen Zahlen der *Nationalen Zivilen Polizei* (PNC). Diese macht die Drogenmafia für das Ansteigen der Anzahl tödlicher Verbrechen verantwortlich und will entsprechend ihre Drogenbekämpfungsstrategie für das Jahr 2009 anpassen. Laut Fernando Lucero vom *Forensischen Institut* (INACIF) war der Monat Oktober mit 574 Morden am gewaltsamsten, gefolgt von 538 im August und generell hohen Zahlen im letzten Quartal des Jahres. Häufigste Todeswaffe waren Schusswaffen: 4'176 Männer und 450 Frauen wurden erschossen.

Ebenfalls haben im vergangenen Jahr die Entführungen zugenommen. Bis November registrierte die PNC 110 Fälle (2007: 96). Derweil gelang es der Polizei im vergangenen Jahr, 39 entführte Personen zu befreien (2007: 28). Interessanterweise widersprechen diese Zahlen denjenigen von Präsident Colom (siehe Artikel über den Wechsel im Innenministerium).

Rückgang der Autokäufe

Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2008 rund 25% weniger Neuwagen gekauft. Als Grund dafür werden die Finanzkrise und die Vorsicht der Banken bei der Kreditvergabe genannt. Gemäss José Javier Casas, Geschäftsleiter des Grossunternehmens und Autoimporteurs Cofiño Stahl wurden im Jahr 2008 insgesamt 28'000 Neuwagen gekauft

(2007: 37'000). Die Aussichten für 2009 sind ebenfalls pessimistisch, weil im Kongress die Erhöhung der Importsteuern für Autos diskutiert wird – was unweigerlich auf die Kaufpreise umgewälzt wird. Die Folge davon sei ein Rückgang der Autokäufe und somit weniger Steuereinnahmen, also genau das Gegenteil der angestrebten Massnahme, so Casas.

Aber nicht nur die Zahl der Käufe, sondern auch diejenige der Diebstähle von Autos war 2008 rückläufig. Bis November wurden 4'837 Autodiebstähle gemeldet (2007: 5'543). Offenbar haben sich die Diebe auf die weniger Treibstoffverbrauchenden und umweltfreundlicheren Motorräder spezialisiert. Davon wurden nämlich im letzten Jahr 2249 als gestohlen gemeldet (2007: 1'858).

Adoptionen

Die Anzahl der in die USA adoptierten Kinder ist im Jahr 2008 um 12% zurückgegangen und hat somit wieder das Niveau von 1999 erreicht. Dies hat mit eingeschränkten Adoptionsbedingungen verschiedener Länder zu tun, die den guatemaltekerischen Adoptionsverfahren nicht trauen (siehe separater Artikel). Insgesamt wurden letztes Jahr 4'123 guatemaltekerische Kinder adoptiert (2007: 4'728), man geht davon aus, dass diese Zahl im 2009 noch weiter zurückgehen wird, da die guatemaltekerischen Behörden versprechen, die Haager Übereinkommen rigoros anzuwenden.

Krise zwingt BäuerInnen zur Landaufgabe

Guatemala, 09. Jan. Dieser Tage wurde bekannt, dass rund 400 BäuerInnenfamilien sich inzwischen dazu gezwungen gesehen haben, die Grundstücke, die ihnen während der letzten zehn Jahre vom Staat auf Kredit- und Subventionsbasis zuerkannt worden waren, zu verkaufen oder schlicht aufzugeben, da es ihnen nicht mehr möglich ist, die Zahlungen an den vermittelnden *Landfonds* (FONTIERRA) zurückzuzahlen. Luis Fernando Peña, Geschäftsführer des Fonds, fügte hinzu, dass dadurch die übrigen Familien, die ebenfalls in der Schuld des Fonds stehen, zu wirtschaftlichem Schaden gekommen seien, da diese nun ihre Quote der Kreditrückzahlung erhöhen müssen, um die Gesamtschuld abzubauen.

Die Verschuldung der insgesamt 19,637 Familien, die über FONTIERRA zu einem Stück Land auf einer der 245 zur Verfügung gestellten Fincas gekommen sind, beläuft sich auf 441 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 58,8 Mio.).

Laut Peña habe FONTIERRA zudem Grundstücke von mehr als 53'000 Familien legalisiert und verpachtet Land an

rund 76'000 BäuerInnenfamilien.

Während Peña als Grund für die Entscheidung der Familien, das fast eigene Land aufzugeben, darin sieht, dass dieses die Produktionserwartungen nicht erfüllt habe, und die durch FONTIERRA Begünstigten nicht in der Lage gewesen seien, sich zu organisieren, um einen angemessenen Anbau der Produkte zu erreichen, weisen BäuerInnenorganisationen auf die tatsächlichen Umstände der Landübergabe und der Funktionsweise des Fonds hin.

So erinnert Luis Galicia von der *Plataforma Agraria* daran, dass der Ansatz zur Lösung der Landproblematik seit dem internen bewaffneten Konflikt auf einen finanziellen Mechanismus beschränkt wurde, der letztendlich gerade einmal als Notpflaster diene. Gleichzeitig konnte "FONTIERRA nicht funktionieren, da sein Auftrag am Markt ausgerichtet war und niemals erreicht wurde, das historisch-gesellschaftlich-politische Problem zu lösen, das der Zugang zu Land nun einmal darstellt." Alirio Cifuentes von der *Gewerkschaftsvereinigung der Arbeitenden und BäuerInnen* (FESOC)

wies darauf hin, dass FONTIERRA überhaupt nicht über die Kapazität verfüge, den kreditnehmenden BäuerInnen die nötige technische Unterstützung zu bieten, um das Land erfolgreich zu bearbeiten. Denn, so Rafael González von der BäuerInnendachorganisation CNOC, viele der Fincas, die den BäuerInnen verkauft wurden, seien nicht nur von Anfang an völlig überbewertet worden, sondern auch unproduktiv. Derweil diene die Beihilfe durch FONTIERRA allein zur Zahlung des Landes, aber nicht zur Unterstützung für die Produktionsentwicklung.

Peña, laut dem die meisten der verlassenen Fincas in den Departements Quetzaltenango, San Marcos und den Verapaces liegen, erklärte derweil, dass derzeit um 80 Fincas neu verhandelt würde, entweder, weil die übriggebliebene Gruppe von MiteignerInnen Sonderkonditionen erhofft, andernorts, weil die BäuerInnen nicht pünktlich zahlen konnten und die Zinsen ins Unermessliche gestiegen sind, oder weil die KäuferInnen den ursprünglich angesetzten Kaufpreis nicht akzeptieren wollen.

Colom tauscht Führungsriege im Verteidigungsministerium aus

Guatemala, 09. Jan. Ohne vorherige Ankündigung und nähere Erklärungen setzte Präsident Álvaro Colom am 21. Dezember den Verteidigungsminister, den Leiter und dessen Stellvertreter des *Generalstabs der Verteidigung* (EMD) sowie den Armeeeinspektor ab und ersetzte sie durch Männer, die bislang im öffentlichen Leben des Militärs weder "berühmt-berüchtigt" sind noch relevante Führungspositionen innehatten. Colom erläutert den Wechsel mit der Absicht, die Institutionalität zu stärken und die interinstitutionelle Beziehung zwischen Regierung und Armee zu harmonisieren. Darin ist nicht nur der Anspruch beinhaltet, dass die Armee sich effektiv daran beteiligt, den Sicherheitsplan, den die Regierung in 2009 umsetzen will, durchzuziehen, sondern auch, dass die neuen Funktionsträger im Vergleich zu ihren Vorgängern keine Loyalitäten zu irgendwelchen Parteien und/oder deren ExponentInnen pflegen. Diese hätten bislang nämlich dazu geführt, dass die Anordnungen des Präsidenten als Generalkommandant des Militärs nur halbherzig bis gar nicht durchgeführt wurden. Dabei gab Colom keine Details über die wahrgenommenen Diskrepanzen bekannt und stritt ab, dass einer der Gründe die Weigerung des Verteidigungsministeriums sei, den Zugang zu den Militärarchiven freizugeben, den Colom vor gut einem Jahr öffentlich angeordnet hatte. Auch die Präsenz des Drogenhandels sei nicht der Anlass für Coloms Entscheidung gewesen.

Gleichwohl gab der Leiter des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), Orlando Blanco, bekannt, dass die Institution baldmöglichst das Gespräch mit dem neuen Verteidigungsminister Abraham Valenzuela suchen will, um auf die Öffnung der Archive zu drängen. Er selbst habe in diesen Tagen per E-Mail Drohungen erhalten, die sich auf dieses Bestreben bezogen.

Abraham Valenzuela González hat seit 2007 den Grad des Oberfeldwebels inne, war Kommandant der Brigade in Mazatenango im Departement Suchitepéquez und in Huehuetenango. Colom ernannte ihn letzte Woche kurzfristig zum Divisionsgeneral, dem höchsten Rang, den ein Militäroffizier einnehmen kann.

Die Neubesetzung der Posten nahm bereits Anfang Dezember mit der Umbesetzung von Brigadeleitern in verschiedenen Kasernen im Landesinneren ihren Anfang. Fortgesetzt wurde sie Anfang Januar auf den unteren Ebenen, einschliesslich den Spezialeinheiten wie den Kaibiles. Auffällig daran ist die Auswahl der obersten Militärführungsriege aus drei verschiedenen Abschlussjahren der Militärakademie. Bislang stammten die Obersten aus derselben

Generation oder höchstens aus zwei aufeinanderfolgenden. Offenbar verspricht sich Colom davon eine grössere Treue und Zuverlässigkeit ihm gegenüber. Analysten und vor allem Kritiker gehen derweil davon aus, dass es weniger Coloms eigene Entscheidung war, sondern die Veränderung eindeutig auf den Einfluss seiner Berater zurückgeht, denen die Skeptiker, allen voran die Militärveteranen, vorwerfen, mit der Veränderung die Militärstruktur aus Unwissenheit völlig durcheinander gebracht und die Institutionalität der Armee verletzt zu haben.

So stimmen manche Analysten darin überein, dass der Präsident mit dieser Aktion in erster Linie zu verstehen geben will, dass er es ist, der die Kontrolle über die Streitkräfte in der Hand hat. Und dass er den Willen hat, jegliche bestehenden Strukturen zum Verschwinden zu bringen, die zu möglichen Rebellionen gegen ihn aufrufen könnten. Mario Mérida erinnert daran, dass manch eineR der Ansicht ist, die PolitikerInnen manipulierten das Militär in Funktion ihrer eigenen Interessen. Hauptgrund für die Irritation ist der gewählte Zeitpunkt für die Umbesetzung. Für gewöhnlich finden solche in der Armee entweder im Januar oder im Juni statt.

Der Journalist Enrique Naveda behauptet in seinem Artikel in der Tages-

zeitung *el Periódico* gar, dass die "Entscheidung der Armee" Form angenommen hat in dem Moment, in dem Colom glaubte, dass sich sein Argwohn bestätigte: dass nämlich die Streitkräfte für Januar einige Stellenwechsel vorbereiteten, die den Einfluss des Oppositionsführers, dem pensionierten General und Präsidentschaftsgegenkandidaten, Otto Pérez Molina, über die Armeespitze ausweiten sollten. Gleichwohl, so Naveda, stimmten der Militärexperte Mario Mérida sowie die *Myrna Mack-Stiftung* darin überein, dass die Veränderung tatsächlich frischen Wind in das Denken und die Verrostung in der Armee bringen kann. Helen Mack beobachtet zudem, dass nach und nach die Militärs ersetzt werden, die während des internen bewaffneten Konflikts ausgebildet worden sind und die in Konfrontation zum ebenfalls umbesetzten Innenminister Francisco Jiménez gegangen waren. (siehe separater Artikel)

Unterdessen kündigte der Militärsprecher Francisco Loranca an, dass die Übergabe der Militärarchive möglicherweise ab März ergehen könnte, mit Inkrafttreten des Gesetzes zum freien Zugang zu Information. Letztendlich hänge diese Entscheidung jedoch vom Ergebnis der Besprechung zwischen dem neuen Verteidigungsminister Valenzuela und SEPAZ-Leiter Blanco ab.

Tödliche Erdlawine in Alta Verapaz

Alta Verapaz, 10. Jan. In einer 10 Minuten anhaltenden Erdlawine stürzte am Montagvormittag, 4. Januar, der Berg Los Chorros am Kilometer 205 der Strasse zwischen San Cristóbal Verapaz und Chicamán, Quiché, ins Tal. Bereits zwei Tage nach dem Unglück stellten die Rettungskräfte die Suche nach weiteren Überlebenden und Vermissten ein, da die Gefahr weiterer Erdrutsche ständig latent und spürbar war. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 38 Personen tot geborgen, mindestens 7 gelten als vermisst. Eine Gruppe von Arbeitern befand sich zum Zeitpunkt der Lawine auf dem Strassenstück unterhalb des Berges auf dem Fussmarsch zur Arbeit nach Sayaxché, Alta Verapaz; der LKW, mit dem sie unterwegs waren, konnte das Streckenstück nicht passieren, da der Abschnitt gesperrt war: Mitte Dezember hatte bereits ein Erdbeben fünf Menschen unter sich begraben.

1'300 Personen aus den anrainenden vier Dörfern sind derweil in Notunterkünften oder bei Verwandten untergebracht. Während von der weiteren

Versorgung der Bevölkerung keine Rede ist, wurde gleich angekündigt, dass eine alternative Streckenführung für die Strassenverbindung evaluiert und ausgebaut werden wird - mit geschätzten Kosten von 15 bis 20'000 Quetzales.

Die Ursache für die Lawine ist noch ungeklärt. Laut Hinweisen befindet sich der Berg genau auf den geologischen Verwerfungen von Polochic und Chixoy, doch hat das *Seismologische Institut* (Insivumeh) keine Daten eines Bebens registriert.

Unabhängig davon weist der Koordinator des *Nationalen Katastrophenschutzes* CONRED, Sergio Cabañas, darauf hin, dass solche Desaster wie dieses sowie einige Erdrutsche in der vergangenen Regenzeit eindeutig auf die fortschreitende Abholzung und den Ausbau des Strassennetzes zurückzuführen sind, die die Berge schwächen und zu den Lawinen führen. Unter <http://www.prensalibre.com.gt/pl/2009/enero/05/286916.html> ist eine Videoaufnahme von dem dramatischen Bergsturz zu sehen.